

Ergebnis Wahl
 monatlich 60 Pf.
 jährlich 600 Pf.
 Einmalig 600 Pf.
 Einmalig 600 Pf.
 Einmalig 600 Pf.

Abonnementspreis
 monatlich 60 Pf.
 jährlich 600 Pf.
 Einmalig 600 Pf.

Die neue Welt
 (Abonnementspreis)
 monatlich 10 Pf.

Vertrieb:
 Redaktion: Nr. 908
 Expedition: Nr. 1047
 Telephon: Nr. 1047
 Postamt: Halle/Saale.

Die neue Welt

Inserionsgebühr
 beträgt für die 6 Spalten
 pro Zeile über deren Name
 50 Pfennig.
 für anonyme Anzeigen
 25 Pfennig.
 Im reaktionären Falle
 halbt die Zeile 75 Pfennig.

Inserate
 für die (6 Spalten) Nummer
 müssen spätestens bis vor
 Ablauf des Monats der
 Expedition aufgegeben
 sein.

**Eingelager in die
 Postzustellung.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebnerwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Parteiverband und Internationale.

Von G. Lebebour.

Auf dem Parteitag in Jena muß es zu einer Ausdrucks-
 über die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zur Inter-
 nationale und die Verpflichtungen der Landespartei gegenüber
 diesem internationalen Sozialistenbunde kommen.

Den Anlaß dazu hat im Verlaufe der Marzofffrage das an-
 sichtlich abweichende Verhalten des Vorstandes der deutschen
 sozialdemokratischen Partei gegenüber der Bewegung einer
 internationalen Aktion gegeben. Einige Auffassung über die
 Gründe für diese Ablehnung wurde in Deutschland erst recht
 erst durch die Beschlüsse der Verfassungskonferenz von Jena
 im August 1909 durch die Beschlüsse der Konferenz in Lu-
 zemburg in der Leipziger Volkszeitung. Die
 öffentliche Auseinandersetzung, die sich daran knüpfte, hat
 voll und ganz nicht geführt. Sie erwidert aber die Be-
 gründung, daß der Kern der Frage verfehlt und die Sache
 auf ein falsches Gleise gefahren wird durch Entwürfsaus-
 drücke über eine angebliche Insubordination der Genossen Lu-
 zemburg. Diese Entwürfsausdrücke haben sich dann in ver-
 stärkter Maße ergeben, wenn einer über angebrachten Artikel,
 die Genossen in Luxemburg am 28. August über ein Parteitag-
 blatt veröffentlicht hat. Bei ihm hat diese Kritik mit der un-
 pünktlichen Streiffrage herab wenig zu tun. Aber das
 Leben einiger revisionistischer Zeitungen, die als Träger des
 Parteiverbandes in die Schranken treten, läßt erkennen, daß
 geplant wird, durch Zerstückelung eines Strafgerichts über
 die Genossen Luxemburg die wichtigen Auseinandersetzungen
 über unsere Beziehungen zur Internationale gründlich zu ver-
 fälschen.

Da oben in den Beschlüssen einer Parteitag-
 beschlüssen bestimmtes Beweise zur Verfügung gestellt
 worden, so kann man sich zu wünschen machen, daß es
 wird dringend geboten, einige erläuternde Tatsachen auf diesem
 Wege zu veröffentlichen, damit die Genossen sich rechtzeitig ein
 eigenes und richtiges Urteil über die eigentliche Kernfrage
 bilden können.

Vor allen Dingen muß zunächst festgestellt werden, weshalb
 die Auseinandersetzung während der Marzofffrage eine
 ältere Vorgeschichte hat, deren Kenntnis erforderlich ist,
 um das Verhalten des deutschen Parteiverbandes richtig
 würdigen zu können, und zweitens, daß bereits vor der Ver-
 öffentlichung der Marzofffrage die Beschlüsse der ab-
 schließenden Gesamtsitzung der deutschen Parteivor-
 standes öffentlich kritisiert worden ist, allerdings
 nicht in der deutschen Presse, wohl aber im Ausland.

Die Vorgeschichte, um die es sich handelt, ist die folgende:
 Die dritte Jahresversammlung der Parteivorstände der
 sozialdemokratischen Partei Englands statt. Auf der Tages-
 ordnung stand die Beschlüsse über die
 Friedenskonferenz des internationalen sozialdemokratischen
 Kongresses in Kopenhagen. Es fanden sich zwei Resolutionen
 gegenüber. Die eine betrugte eine glatte Zustimmung zu der
 Kopenhagener Resolution und verlangte, daß die englische
 Beschlüsse jeder Art von Unterstützung, die andere, die vom
 Parteivorstand vertreten wurde, verknüpfte mit einer platonischen
 Friedensversicherung und Zustimmung zu dem Kopenhagener
 Beschlüsse die damit eigentlich im Widerspruch
 stehende Forderung, daß bei den kriegerischen Tendenzen des
 kapitalistischen Systems als unmittelbare Aufgabe der englischen
 Sozialisten die Aufrechterhaltung einer ange-
 messenen Flotte zur nationalen Verteidigung
 ins Auge zu fassen sei. Um diese Forderung wurde
 der Beschlüsse. Zur Begründung der Forderung wurde
 nun der Genosse Vandeman, nachdem er auf die gefahr-
 drohenden Notizenrunden Deutschlands hingewiesen hatte,
 nach dem Bericht der Justice vom 22. April auffällige Aus-
 sagen, die in der Leberlegung lauten:

„Er habe dreimal verlangt, daß das internationale Bureau
 in Weisheit Vertreter der deutschen, der eng-
 lischen und der französischen Partei zusam-
 menrufen solle, um die Situation zu besprechen; zum
 vierten Male hätten Garde und Duchs (zwei der gegen-
 wärtigen Vertreter Englands auf dem internationalen
 Bureau) jene Forderung gestellt, aber die Deutschen
 hätten es abgelehnt, an einer solchen Zusam-
 menkunft teilzunehmen.“

Wald nach dieser Rede Vandemans wurde die Diskussion ge-
 schlossen. Bei der Abstimmung nach Köpfe ergab sich zunächst
 Stimmen Gleichheit für und gegen die Vorstandsresolu-
 tion; dann wurde nach Organisation abgelehnt und
 nunmehr wurde die Resolution mit 47 gegen 33 Stimmen
 für angenommen erklärt.

Es mag hier gleich erwähnt werden, daß dieser Beschlüsse wegen
 jenes Votensanges tiefergehend in der Parteivorstand
 und daß schließlich seine Maßnahmen in einem
 Beschlüsse wurde. Es kann aber keinen Zweifel unterliegen, daß er
 überhaupt nicht gefahren wäre, da bei der ersten Ab-
 stimmung die Entscheidung von einer Stimme abhing, wenn
 es nicht Vandeman gelungen wäre, auf die Verarmung und
 der Behauptung von wiederholten Ablehnungen einer
 internationalen Verhandlung durch die deutsche Partei, im
 Zusammenhang mit dem Hinweis auf die gefährlichen
 Notizenrunden Deutschlands, einen tiefen Eindruck
 der Forderung zu erzielen.

Als ich diese Hundstunde Beantwortung gelesen hatte, bracht
 ich sie sofort in einer Zeitschrift für Sprache, da ich es
 für unentbehrlich hielt, daß sie zutreffend sein könnte und da meiner
 Ansicht nach es dringend geboten war, einer solchen Diskre-
 ditation der deutschen Sozialdemokratie öffentlich entgegenzu-
 treten. Die beiden anwesenden Vertreter der deutschen Sozial-
 demokratie beim internationalen Bureau erklärten überein-
 stimmend, daß ihnen von dem durch Vandeman erwähnten An-
 regungen nicht bekannt sei. Die letzten Nachforschungen zu,
 wie es zu einer solchen irrtümlichen Auffassung gekommen sei.
 Die kurze Besprechung in der Fratzen ergab eine Ueberein-
 stimmung darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie ebenfalls
 das dringende Interesse daran habe, zu einer Ausdrucks-
 und Verhandlung mit den Bruderparteien zu kommen. Jedemfalls
 mußte auch den Mitgliedern des Parteiverbandes klar ge-
 worden sein, welche üble Wirkungen schon der falsche Schein
 einer ablehnenden Haltung der deutschen Partei gegenüber Ver-
 handlungssituationen haben mußten.

Am 10. mehr wurde ich überrascht, als ich nach Ausdruck der
 Marzofffrage in der Zusammenkunft der Justice vom 22. Juli
 eine Mitteilung las, die in der Leberlegung lautet:

Eine verpasste Gelegenheit.

Es ist sehr zu bedauern, daß die geplante Zusammenkunft des
 internationalen Bureaus ausfallen wurde, auf Vereinen
 unserer deutschen Genossen. Es ist dem Bureau die Pflicht zu-
 gelegt worden, eine Zusammenkunft der Vertreter der sozial-
 demokratischen Bewegung der beiden Länder zusammenzuführen,
 zwischen denen ein Krieg ausbrachen droht. Wir waren der
 Meinung, daß die Beziehungen zwischen England und Deutsch-
 land seit langer Zeit so gespannt haben, daß eine Sonder-
 konferenz zwischen den Vertretern der Arbeiterbewegung beider
 Länder notwendig gewesen wäre. Jedenfalls würde eine solche
 Konferenz irgend welche Verständnisse aufzudecken und zu
 einer gemeinsamen Handlung geführt haben, die den Be-
 weiserorganisationen in Deutschland und England einen An-
 stoß zu Aktionen gegeben hätte. In jener deutschen Ge-
 nosse haben sich indes in dem gegen eine solche
 Zusammenkunft gekehrt (see their faces against an
 such meeting). Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes
 nach Madrid schien dazu angetan, die internationalen Ver-
 handlungen zu einer Krise zu reizen und erziehen dem interna-
 tionalen Sekretariat als ein besonderer Anlaß für eine Zusam-
 menkunft der Vertreter der nächstgelegenen Länder. Frankreich,
 Spanien, England und Deutschland. In der französischen Ge-
 nosse waren durchaus zugunsten einer solchen Zusammenkunft;
 in der Tat, wie wir vorige Woche mitteilen, trieb Vallant
 energisch dazu, schon bevor die von Vandeman vorgeschlagen
 wurde. Auch Pablo Iglesias und Antonio Maurice, die
 spanischen Vertreter, sprachen sich zugunsten der Zusam-
 menkunft aus. Aber wiederum rieten unsere deut-
 schen Genossen davon ab. Zunächst schrieb Bebel am
 12. Juli, daß er an einer solchen Zusammenkunft, wenn irgend
 möglich, teilnehmen würde; aber später gab er der Meinung
 Ausdruck, es würde besser sein, die Einberufung der Zu-
 sammenkunft zu warten. Wolfenbühler sprach die nämliche
 Ansicht in größerer Ausführlichkeit aus, und die Schluss-
 folgerung des Sekretariats daraus ist, daß es nicht zweckmäßig ist,
 das Bureau gegenwärtig zusammenzurufen, wir beschließen
 die Frage auf die Tagesordnung der nächsten jährlichen
 Zusammenkunft zu setzen. Wir können nur bedauern, was uns
 eine verpasste Gelegenheit zu sein scheint, enthalten uns jedoch
 eines weiteren Kommentars.

So die Justice. Diesmal lag jedenfalls nicht eine irrtümliche
 Auffassung Vandemans vor, sondern tatsächlich hatten die Ver-
 treter Deutschlands die gleiche und von allen anderen be-
 teiligten Bruderparteien freudig begrüßte Verhandlungssituation
 zum Scheitern gebracht. Sehr zu bedauern ist, daß Bebel sich
 von seiner anfänglichen Zustimmung wieder hat abbringen
 lassen. Die Mitteilung über die ablehnende Haltung der Deut-
 schen war vom Bureau unter Anführung der gegenwärtigen Briefe
 der Vertreter aller angegriffenen Parteien zugegangen. Diese
 Tatsache war auch, wie aus dem zitierten Artikel der Justice
 hervorgeht, im Ausland in die Öffentlichkeit gebracht worden
 und mußte dort zu ungünstigen der internationalen Verhand-
 lung wirken. Inwiefern die Beziehungen gegen die Absichten der
 deutschen Sozialdemokratie erwidern.

Daß der deutsche Parteivorstand seinerseits den deutschen
 Parteigenossen jedwede Mitteilung über diese für uns selbst
 sowohl wie für die ganze Internationale wichtigen Vorgänge
 vorenthielt, mag ihm als ein diplomatischer Vorzug und
 Weisheit erscheinen. Er hat aber nicht das Recht, sich über
 Insubordination zu beflegen, als nun von anderer Seite in Deutsch-
 land Aufklärung darüber gegeben. Denn die deutschen Partei-
 genossen haben die gleiche Anspruch darauf zu erfahren, daß von
 ihren Vertretern die Verhandlungssituation durchkreuzt wurde,
 und welche Gründe und wie sie sich verhalten haben.

Ja, die Gründe. Wir kennen sie heute noch nicht. Denn die
 Gründe, die Wolfenbühler dafür in seinem Briefe angeführt hat,
 sind nachher von dem übrigen Parteivorstand desavouiert
 worden.

Die Veröffentlichung des Wolfenbühler Briefes wird nun
 als eine schwere Insubordination getadelt. Die Tatsache, daß der
 deutsche Parteivorstand die Verhandlungssituation durchkreuzt
 hat, war öffentlich bekannt. Daß Wolfenbühler diese
 Ablehnung in seinem ausführlichen Schreiben begründet hat,
 war öffentlich bekannt. Nun leberlegung hat Wolfenbühler
 in jenem Briefe erwähnt, daß er die von ihm angeführten

Gründe vorher öffentlich in einer Versammlung
 ausgeprochen habe. Wo steht denn da noch das Sekret?
 Aber er hat in jenem Briefe erwähnt, was er sonst, sei seine
 persönliche Meinung, und deshalb, wird behauptet, war dieser
 Brief ein „Privatbrief“ und durfte nicht veröffentlicht werden.
 Da scheint mir eine erge Verleumdung abzuwarten.
 Wenn der Vertreter einer Organisation, die einer Zentrale an-
 geschlossen ist, von dieser Zentrale um eine Erklärung zu einer
 wichtigen Frage ersucht wird, so ist die Antwort mit und
 nichtmerkmale ein Privatbrief, und wenn der Briefsteller
 betont, er schreibe nur seine persönliche Ansicht.
 Natürlich kann es bei Organisationsverbindungen Mei-
 nungsäußerungen geben, die direkt zu behandeln sind. Es
 die volle Veröffentlichung des in weiten Kreisen bereits durch
 das Bureau verbreiteten Briefes im Parteivertrieb ratsam
 war, ist schließlich eine Frage des Tates, jedenfalls kann die
 Genossen in Luxemburg aus dem üben Eindruck, den der Brief
 bei ausländischen Parteigenossen erzielt hat, wie aus der
 Justice hervorgeht, folgern, daß auch die deutschen Partei-
 genossen über die Gründe für die ablehnende Haltung unseres
 Parteiverbandes unterrichtet werden müßten.

Über die von Wolfenbühler vorgeschlagenen Gründe nur
 Weniges: Daß Wolfenbühler über die Gefahr der Situation sich
 geäußert hat, mag noch hingehen; ich habe ihn ja der Partei-
 vorstand durch Tatsachen belehrt worden. Unbegreiflich ist es
 aber, wie ein Vorstandsmitglied der Partei auf den Gedanken
 verfallen kann, der Wahlen wegen mühen wir die Erörterung
 der Marzofffrage aus dem Wege zu gehen. Das geht von einem
 beherrschenden Mangel an Vertrauen in die Verberstärkung
 Bewegung. Im Gegenteil, wir sollten aus dieses aktuelle Auf-
 klärungsmittel freudig begrüßen, sein Maß, der sich durch
 imperialistische Phantasieen von unserer Sache ablenken
 machen ließe, wäre nur ein Fremdkörper in unserer Partei
 und ein Element der Schwäche. Es ist besser, er wird von
 vornherein vom Zutritt abgelehrt und reißt erst zum So-
 zialisten aus.

Doch, wenn selbst noch zehnmal bessere Gründe als die
 Wolfenbühlerischen gegen eine internationale Verhandlungssituation
 und gegen die Erörterung der Marzofffrage ins Feld
 geführt werden könnten, so hätte sich unser Parteivorstand
 doch nicht ablehnend gegen die geplante Ausdrucks-
 verhalten dürfen, weil er doch aus dem Hundstunde Beispiel, was
 über das bei den ausländischen Sozialisten wirkt.
 Eine solche üble Wirkung ist auch diesmal prompt einge-
 treten. Ich kann behaupten, daß der Wolfenbühler Brief
 bei ausländischen Genossen denselben peinlichen Eindruck ge-
 macht hat, wie in Deutschland. Ja, mehr noch; der Führer
 der englischen Labour Party, Ramsay MacDonald, hat
 seine imperialistische Erklärung im englischen Unterhaus, das
 Ausland folgt nicht glauben, daß die Teilung des Landes in
 Parteien den nationalen Geist und die nationale Einheit
 schwächen würde, nachträglich mit dem Einwand zu wider-
 legen, daß die deutsche Sozialdemokratie im Gegensatz zu
 den anderen Parteien nicht auf die nationale Einheit Wert
 legt, sondern auf die internationale Sozialisten.

Eine solche üble Wirkung ist auch diesmal prompt einge-
 treten. Ich kann behaupten, daß der Wolfenbühler Brief
 bei ausländischen Genossen denselben peinlichen Eindruck ge-
 macht hat, wie in Deutschland. Ja, mehr noch; der Führer
 der englischen Labour Party, Ramsay MacDonald, hat
 seine imperialistische Erklärung im englischen Unterhaus, das
 Ausland folgt nicht glauben, daß die Teilung des Landes in
 Parteien den nationalen Geist und die nationale Einheit
 schwächen würde, nachträglich mit dem Einwand zu wider-
 legen, daß die deutsche Sozialdemokratie im Gegensatz zu
 den anderen Parteien nicht auf die nationale Einheit Wert
 legt, sondern auf die internationale Sozialisten.

Eine solche Verhandlung der französischen, englischen und
 deutschen sozialistischen Parteien über die gemeinsame Aktion
 gegen den Krieg ist auch jetzt noch eine der dringendsten Auf-
 gaben der Gegenwart für uns, denn jederzeit kann die imperia-
 listische Dämonie neue und schlimmere Befehle heraus-
 schreien. Eine wirksame Aktion gegen den Krieg ist also nur
 dann durchführbar und möglich, wenn sie gleichzeitig und in
 gleichen Formen in allen beteiligten Ländern erfolgt. Weder
 die englischen, noch die französischen, noch die deutschen Partei-
 genossen könnten einseitig in Aktion treten. Sie müssen die
 Sicherheit haben, daß in den anderen beteiligten Ländern
 die Genossen in gleicher Weise und von dem gleichen Geist be-
 zogen sind die Sicherung des Weltfriedens bis ins Zeug legen.
 Der internationale Kongress in Kopenhagen hat aber erst
 gezeigt, wie weit da die Meinungen noch auseinander gehen,
 wie widersprechend besonders die Haltung der englischen So-
 zialisten gegenüber dem Militarismus und Imperialismus ist.
 Wir können erst an eine internationale Aktion gegen den
 Krieg herantreten, wenn der gesamte politische Kampf der
 sozialistischen Parteien von den nämlichen Grundgedanken be-
 zogen ist. Deshalb tut frühzeitige und gründliche Verhandlung
 dringend not.

Nachdem der deutsche Parteivorstand gegen eine solche Ver-
 handlung sich anfangs ablehnend verhielt und die Gelegen-
 heit zu einer internationalen Protestaktion verpasst hatte, ist
 er jetzt aufgerufen worden, und hat sich am 28. Juli, an-
 fänglich eines imperialistischen Beschlusses in Berlin, an einer von den
 Generalsekretären vermittelten französisch-deutschen Ver-
 berberungssituation beteiligt. Im Anschluß an diese
 erste Veranstaltung ist dann eine zweite in Paris am 4. August
 erfolgt. Auf die Benennung der Genossen in Luxemburg, daß
 diese Demonstration nur von den deutschen und französischen
 Generalsekretären veranstaltet wurde, hatte der Parteivorstand
 in seiner Form erwidert:

„Auch das ist unwahr. Zu der Pariser Demonstration,
 die am heutigen Freitag (4. August) stattfindet, sind die so-
 zialistischen Parteien und die Generalsekretäre Frankreichs,
 Deutschlands, Englands und Spaniens eingeladen. Es wer-

den in Paris neben den Vertretern der deutschen Gewerkschaften auch dem Parteivorstand delegierte Vertreter der deutschen Sozialdemokratie reden.

Demgegenüber zu erklären: Dieses Democriti des Parteivorstandes ist unrichtig. In der Pariser Demonstration war leider die sozialistische Partei Frankreichs nicht eingeladen. Das Parteivorstandsmittglied, das jenes Democriti erteilt, kann sich allerdings in diesem irrtümlichen Glauben befinden haben, denn ein anderes Parteivorstandsmittglied, das mich am 2. August aufsuchte, um mich zur Teilnahme an der Pariser Demonstration zu veranlassen, war gleichfalls jener irrtümlichen Ansicht. Auf meine Erklärung, daß ich nur dann zu der Teilnahme an der Pariser Demonstration mich herbeilassen könnte, wenn das eine gemeinsame Veranstaltung der französischen Partei und der französischen Gewerkschaften oder Syndikalistik sei, erwiderte er mir in verbindlicher Form, daß der deutsche Parteivorstand sich selbst umnehme dieser selbstverständlichen Voraussetzung auf die Teilnahme an der Veranstaltung einzulassen falls. Ich reiste darauf sofort ab. Als ich am folgenden Nachmittag 5 Uhr auf dem Bureau der Democriti vorprank, stellte es sich heraus, daß die Veranstaltung nur als eine rein französisch-englische in der Democriti angeordnet war und daß ich als Vertreter der Partei nicht selbst zur Teilnahme aufgefordert, noch auch nur von der Beteiligung der deutschen Partei in Kenntnis gesetzt war.

Die Aufklärung über diese irrtümliche Tatsache erfolgte erst am folgenden Morgen in einer Konferenz mit den mittlerweile gleichfalls eingetroffenen anderen deutschen Delegierten und den französischen Syndikalistikern. Danach war das Arrangement für die Veranstaltung in Paris eine Woche vorher in Berlin nach der Veranstaltung in der Neuen Welt getroffen worden. Nachdem die Syndikalistik erklärt hatten, daß sie sich auf die Veranstaltung einer gemeinsamen Veranstaltung mit der französischen sozialistischen Partei nicht einlassen konnten, hatten die Mitglieder der Generalkommission sich dabei beruhigt und nur noch die merkwürdige Frage gestellt, ob denn die französische Partei etwas dagegen einzuwenden hätte, wenn die deutsche Sozialdemokratische Partei sich an der Veranstaltung durch Delegierte beteiligen würde. Die Syndikalistik hatten geantwortet, die französische Partei würde nichts gegen die Beteiligung der deutschen Partei einzuwenden haben. Sie erklärte es aber für überflüssig, die französische Partei selbst darüber zu befragen, da sie bei der Teilnahme der Vertreter der Generalkommission sich beruhigt. Sie hatten nur, noch den Wunsch ausgesprochen, daß die französischen Syndikalistik nach ihrer Heimkehr die Debatte der Democriti, wohlgerichtet nur die Zeitung, nicht den französischen Parteivorstand, von der Beteiligung der deutschen Partei in Kenntnis setzen möchten. Daß auch dieser bescheidene Wunsch nicht erfüllt worden war, rechtfertigte Joubau damit, daß das bei der Verhandlung in der Neuen Welt anwesende Mitglied des deutschen Parteivorstandes erklärt hätte, er könne nicht sagen, ob der deutsche Parteivorstand zu der Veranstaltung in Paris Delegierte schicken werde.

Es wurde dann in der Konferenz am 4. August wenigstens noch so viel vereinbart, daß in der Veranstaltung am Abend ein Mitglied der französischen Partei das Wort nehmen solle unter dem ausdrücklichen Hinweis durch den Vorsitzenden, daß das auf Wunsch der deutschen Delegation geschehe. Das geschah denn auch. Am Abend hat der Abgeordnete Labau einige Minuten gesprochen. Die französische Parteileitung verdient hohe Anerkennung, daß sie in Anbetracht der großen Sache ihre beschränkte Empfindlichkeit zurückstellte und nachträglich noch unter den wenig erquicklichen Bedingungen zu der Beteiligung an der Veranstaltung sich bereit erklärte.

Das soll man aber nicht als irgend welche Parteigenossen auf die ursprüngliche Abmachung in der Neuen Welt sich überhaupt eingelassen haben! Es ist schon schlimm genug, daß die Mitglieder der Generalkommission so wenig parteigenössliches Empfinden gegenüber den französischen Genossen hatten, daß sie auf die fundamentalen Bedingungen eingegangen sind. Ich bin überzeugt, hätten die Deutschen als Vorbedingung für ihre Beteiligung darauf bestanden, daß die französische Partei als Mitveranstalterin zu der Veranstaltung zugezogen würde, so würden die Syndikalistik sich auch dazu verstanden haben. Gegenüber dieser großen Sache, die dem gesamten internationalen Proletariat mit dem gesamten Proletariat der einzelnen Länder gemeinsam sein mußten alle Organisationsfreiheiten und Eifersüchteleien in den Hintergrund treten. War es nicht einmal möglich, das zu erzielen, dann hätte die ganze Demonstration überhaupt keinen Sinn. Denn das Mahnwort: Proletariat aller Länder vereinigt euch! gilt vor allem für die Aktion gegen den Krieg.

Noch weniger angemessen, als das Verhalten der Mitglieder der Generalkommission ist jedoch das Verhalten der Mitglieder des Parteivorstandes, die auf die Abmachung in der Neuen Welt sich eingelassen haben. Denn außer dem Mitgliede, das den Verhandlungen dort beistand, war noch ein anderes, das die Verhandlungen mit der Generalkommission bis zum Ende führte, über ihr Tragweite der Abmachungen ununterrichtet. Die übrigen Parteivorstandsmitglieder waren allerdings, wohl infolge der Hoff, mit der die Sache schließlich ins Lot gebracht wurde, bis zum 8. August des irrtümlichen Glaubens, daß es sich bei der Veranstaltung in Paris um eine gemeinsame Veranstaltung der Partei und der Syndikalistik handle. Darum erklärt sich die unrichtige Versicherung, die mir gegeben wurde, wie das ebenfallig die vorige Democriti, das von einem anderen Parteivorstandsmittgliede die Genossen in Luxemburg geschickert wurde.

Nicht zu entschuldigen ist aber, daß der Parteivorstand, nachdem er am 8. August über seinen Irrtum aufgeklärt wurde, seine eigene falsche Behauptung nicht nachträglich zurückgenommen hat. Dieses Verhalten des Parteivorstandes lieh es mir notwendig erscheinen, meinerseits die Sache aufzuklären.

Es war aber auch aus dem Grunde erforderlich diese Vorgänge klar zu stellen, weil aus dieser Seite von Mißgriffen und Schwachheiten leider herbeigehört, daß der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Konstitution seinen internationalen Aufgaben nicht gewachsen ist. Eine gründliche Reorganisation der Geschäftsleitung der Partei ist deshalb eine dringende Aufgabe für den Parteitag.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 8. September 1911.

Die bezagte Kriegsbescher-Dressie.

Die konservative Zeitschrift Grenzboten schreibt: Die Mannesmann-Presse (Rheinisch-Westfälische Zeitung, Post und Tägliche Rundschau) ist in erster Linie für wegen eines pan-amerikanischen Wettbewerbs ein unvorstellig machen, die wegen unserer Absichten in Marocco eingetreten ist und es wird wohl demnächst angebracht sein, die Fäden bloßzulegen, die die genannten drei Wäpfer mit den Herren Mannesmann verknüpfen.

Die so in den hochförmlichen Grenzboten gedruckte Mannesmann-Presse ist nach außer sich vor Wut. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung liebet ihre „Ameise“ in diese Form:

Innere Unabängigkeit nach jeder Richtung hin ist in der ganzen Welt zu befinnen, also daß wir es notwendig hätten, uns hier erst des langen und breiten verteidigen zu müssen. Wir erklären deshalb rundum die Angriffe der Grenzboten auf die Ehre unserer Zeitung als eine nichtswürdige Verleumdung und journalistische Charakterlosigkeit. Die Grenzboten zeichnet als verantwortlicher Redakteur der Bezagte Herr Mannesmann, a. D. George Geinow in Schöneberg. Er ist uns also, da der Name des Verfassers des Artikels nicht genannt ist, für jene Niederträchtigkeit prägenständig haltbar. Wir begnügen uns mit dieser öffentlichen Zerstreuung, weil wir nicht Zeit haben, uns etwa jahrelang vor Gericht wegen ewig verschleppender Prozesse heranzuzujagen.

Diese Scheu vor Gericht ist Wäpfer dieses Schlags nicht gerade ohne und deshalb in diesem Falle beachtlich. Doch die Rheinisch-Westfälische Zeitung auf die Offizierszeitungen des Bezagtegebers der Grenzboten hinweist, kann natürlich nur den Zweck haben, eine „ritterliche Fehde“ des ganzen Handels herbeizuführen, dann braucht man nicht blamable „ewig verschleppte Prozesse“ zu führen.

Was aber die „Unabängigkeit“ der Post betrifft, so ist in der ganzen Welt bekannt, daß dieses Wort von den berechtigten Eisenbahngründern Straussberg ins Leben gerufen, später vom Reichern von Stumm ausgehoben worden ist und seit seinem Tode von der Reichsregierung weiter geleitet hat. Auf seine politische Bedeutung kann der feindliche Mannesmann natürlich keinen Einfluß ausüben. Es ist doch ein glücklicher Unfall, daß das jährliche Defizit des Betriebs durch einen Ueberfluß von fahrdienstlicher Besetzung gedeckt wird. Die Post betrifft die Interessen der Unternehmer, die sie bezahlen, stets — „aus Ueberzeugung“.

Wie sie hegen:

Die Ansicht, daß es in dem Maroccohandel nicht zum Kriege komme, hat die bezagte Kriegsbescher-Presse der Kriegs-materiallieferanten wahnhaftig gemacht. Die bezagte Post hat am Mittwochabend im Petrusden gemeldet, die deutschen Handelsreisenden in Marocco seien abgehrochen. Das wurde in Berlin auf allen Straßen ausgebrüllt, und das Blatt machte ein gutes Geschäft dabei. Die Regierung sich sofort erklären, daß das Schwindel sei, aber das nützt nichts. Auf ihren ersten Schwindel setzt die Post 24 Stunden später die Behauptung, daß ihr Schwindel amtlich — bestätigt worden sei. Zur „Begründung“ dieser Auslassung meint die Post:

In der heutigen Morgenausgabe der Kölnischen Zeitung heißt es in einem Artikel, der durch das halbamtliche Volks-Telegraphenbureau verbreitet worden ist, „die Prüfung der französischen Vorschläge gibt Anlaß zu deutschen Gegenvorschlägen“. Aus den künftigen diplomatischen Verhandlungen in das übliche Deutsch überlegt, heißt das noch nichts anderes, als die bisherigen Vorschläge bald abgelehnt werden und Deutschland legt Herrn Cambon seine Gegen-vorschläge vor.

Daß die Ablehnung von Vorschlägen und die Anknüpfung eines Gegenvorschlags seinen Uebertritt der Verhandlung bedeutet, ist sonnenklar, das Gegenteil behauptet nur die Post, die aber dann in der gleichen Nummer mittelt, daß zwischen Kiderlen und Cambon weiter verhandelt wird! Ueberdies gibt die Post ihre Kriegsbescher noch nicht völlig verloren, denn sie berichtet der Regierung:

Die deutsche Regierung kann beruhigt sein, daß mit einem erleichterten „Gutgehe“ die französischen Vorschläge angenommen werden wird. Die französischen Vorschläge abgelehnt sind, und noch erleichteter würden wir (1) aufatmen, wenn die Welt säme, die Verhandlungen auf dieser Basis sind abgebrochen.

Dann würde es traulich und die Unternehmer, die hinter der Post stehen, machen ein vorzügliches Geschäft.

Folgende des Kriegsräts. In Wiesbaden werden zahlreiche Einlagen der Sparkasse gefordert. Auch von der Reichsbank und der Norddeutschen Landesbank werden Einlagen in so hohem Maße abgehoben, daß sich diese Bankinstitute genötigt sehen, Kriegsräts zu demontieren.

Der Sturm auf die Parlamenten geht aber trotz aller beruhigenden Versicherungen weiter. Außer in Stettin laud auch in Hannover ein Ansturm auf die Parlamente statt. In anderen Städten werden die Parlamenten mit Anfragen überhäuft, ob in Falle einer Wahlkampagne der Staat die Gelder mit Verleihen befristet. Die Kriegsräts werden bald naturgemäß auch den Kurs der deutschen Reichsbank sehr unangenehm beeinflusst. Vom rein fiskalischen Standpunkt aus ist eine solche Verleihenung sehr bedenklich. Der Schatzsekretär mag sich bei den Kriegsrätsgebern dafür bedanken.

Die Marocco-Kompensationen.

Von französischer Seite wird gemeldet, daß Frankreich bereit sei, ein großes Gebiet am Kongo an Deutschland abzutreten, und zwar das ganze Gebiet, das durch eine durchbrochene Linie abgetrennt wird, die vom Atlantischen Ocean, 4 Kilometer südlich von Spanisch-Guinea, ausgeht, an der derzeitigen Kamerun-grenze entlang bis der Wogoo, 100 km Frankreich belassend, am linken Ufer der Sangha bis zu ihrer Mündung in den Kongo sich hinzieht, dann am rechten Ufer des Kongo bis zu seiner Vereinigung mit dem Ubangi sich hinzieht, dem linken Ufer dieses letzteren Wasserlaufes bis Betan folgt und von da bis Kande in gerader Linie weitergeht, um von diesem Punkt aus in Logone im Süden von Ya zu enden.

Der Militärattaché Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg sagt über das Kompensation:

„Ich habe hauptsächlich die Grenzen des französischen Kongo bereit. In das Innere bin ich nur wenig gekommen. Das Land ist außerordentlich verschieden. Neben durchaus fruchtbaren Ländereien gibt es unfruchtbare und lumpige Gebiete. Es ist sehr schwierig, sich ein Urteil zu bilden, ob die französischen Kompensationen für die deutsche Regierung ins Gewicht fallen oder nicht.“

Nach einem englischen Blatt, der Daily Mail, soll Herr von Kiderlen-Wächter einigen amerikanischen Vertretern erklärt haben: „Es wird nicht zum Kriege kommen. Innere Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich sind im Begriff, sich zu ordnen. Wir werden die Tür in Marocco offen halten und territoriale Entscheidungen von Frankreich erhalten. Kein deutscher Mannler dürfte es wagen, dem Reichstag gegenüber einen Krieg wegen eines pan-amerikanischen Wettbewerbs zu verkündigen. Ehe der Reichstag am 1. October wieder eröffnet wird, dürfte die ganze Frage erledigt sein.“

Letzteres wird richtig sein, denn die Dinge nun einmal liegen, hat die Regierung alles Interesse daran, den Reichstag vor eine abgeschlossene Tatsache zu stellen.

Deutsches Reich

— Auf ein Bankerzeugnis der Firma Blohm u. Wolf in Hamburg weist das Verle. Tageblatt hin. Dieser Werk wird von den jeds Vernehmungsbauten der letzten Kriegsjahre nicht weniger als fünf in Auftrag gegeben worden. Bekannt ist, daß sich Blohm u. Wolf der besonderen Gunst Kaiser Wilhelms II. erfreuen. Als Firma vor einigen Jahren den Auftrag zum Bau eines russischen Kriegsschiffs erhalten sollte, wurde ihr Wilhelm II. vorzeitig ein begünstigtes Geschäftsmittel-gramm. Folge davon war, daß das bereits endgültig abgeschlossene Geschäft wieder zurückging. Für den Verlust von damals haben nun Blohm u. Wolf reichliche Entschädigung.

— Jagow Nachfolger. Die preussische Regierung demontierte dieser Tage noch die Meldung vom baldigen Eintritt des Berliner Polizeipräsidenten Jagow; gleichwohl glaubt man allenthalben, daß die Tage Jagows gezählt seien. Es wird auch schon sein Nachfolger genannt. Eine Korrespondenz berichtet, von Jagow werde in nicht allzu ferner Zeit ein Regierungsrat in Potsdam erhalten. Die weiße Aussicht, als Nachfolger des Herrn v. Jagow ernannt zu werden, haben die gegenwärtige Breslauer Polizeipräsident v. Oppen. Vorausgesetzt, daß diese Meldung zutreffend ist, wäre der Breslauer Polizeipräsident wohl im „Sinne der Reaktion“ der geeignete Nachfolger Jagows. Die Breslauer Polizei wurde mehr als einmal auf die Arbeiter losgelassen und der Hanabadee im Schumannsbad wurde dort ebenfalls gefunden wie in Berlin die uniformierten Leibschützen des Arbeiters Verdam.

— Die Folgen der Reichsfinanzreform. Besonders hart werden von der Reichsfinanzreform die Zündholzfabriken auf dem Uinger Wäpfer betroffen. So hat wegen des starken Rückganges des Absatzes die Zündholzfabrik Speier in Neustadt am Rennweg (S.-Meiningen) ihren Betrieb bis 1. October gänzlich eingestellt. Seit Einführung der Zündholzfsteuer ist der Verbrauch um 60 Prozent zurückgegangen. Durch die Stilllegung des Betriebes werden 70 Arbeiter betroffen.

— Stimmhaltung der Liberalen in Düsseldorf. Der Parteivorstand der Liberalen Vereinigung in Düsseldorf beschloß, seinen Mitgliedern für die Reichstagswahl freile. Wahlentscheidung zu empfehlen. Diese Vereinigung umfaßt National-liberale und Fortschrittler; letztere haben vor einiger Zeit schon die Wahlparole für den sozialdemokratischen Kandidaten Oberland ausgegeben. Wie viele fortschrittliche Wähler den Wut haben, dieser Wahlparole zu folgen, muß freilich erst abgewartet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf gegen die agrarische Wählerpolitik wird auch von der österreichischen Sozialdemokratie in scharfer Weise geführt. Die deutsche sozialdemokratische Fraktion hat an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses ein Schreiben gerichtet, in dem die sofortige Einberufung des Reichsrats verlangt wird, um Maßnahmen gegen die Teuerung zu beschließen. In Wien fanden große Demonstrationen statt, die den Agrarparteiern, die in allen Gegenden zu großen Sitzungen und Versammlungen in den Versammlungen wurde eine Resolution beschloffen, in der es unter anderem heißt:

Auf die herrschenden Parteien fällt die ganze Schwere der Verantwortung für alles, was bisher zur Binderung der Teuerung unternommen wurde, für die Steigerung der Not, die uns beorbeitet, für die Verzweiflung, in die das hungernde Volk systematisch getrieben wird.

Die Sozialdemokratie wird unerschrocken und unermüdet den Kampf gegen die agrarische Wählerpolitik der bürgerlichen Parteien des Parlamentes und deren Regierung fortsetzen. Sie wird nicht nur die auf erhalten lassen. Die Oerangen auf! Nieder mit dem Lebensmittelminder! Nieder mit der Hungerpolitik!

Auch in der Provinz finden zahlreiche Versammlungen statt, die von der Erregung der Bevölkerung Zeugnis ablegen.

Frankreich.

Maßnahmen der Regierung gegen die Lebensmittelteuerung. Der französische Minister hat sich, gezwungen durch die Empörung des Volkes, nun endlich genötigt gefühlt, entscheidende Schritte gegen die Lebensmittel zu unternehmen, so daß nämlich die vorgeschlagenen Maßnahmen aus sind. Es gelangte eine Anzahl von Reformen zur Vernehmung, die vornehmlich die Einfuhr von Schachbrot aus den französischen Kolonien, Verringerung des Einfuhrzollens und der Transportkosten betreffen. In die Aussicht genommenen, zehn Punkte umfassenden Maßregeln wurden vom Ministerrat gutgeheißen, welcher hofft, der herrschenden Not dadurch wenigstens zum Teil abzuhelfen. „Ermogen“ wurde bei den Erörterungen auch die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr fremden lebendigen Viehs und gefrorenen Fleisches.

— Die Verlegung der Kastellmilitären wird neuerdings in einem preussischen Staatsanwaltschaft als Ehre machen würde. In dem neuesten Prozeß in Paris wurde der Leiter der Guerre sociale Auroz, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wegen eines Artikels, der das Andenken an den Oberst Wolf verunglimpfte. Auroz wurde ferner zu acht Monaten und Hervé zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, wegen einer in der Guerre sociale veröffentlichten Analogie von Taten, die als Mord angesehen werden müßten. Auroz und Hervé wurden endlich zu je einem und der Beizner Lab zu zwei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung der Armee verurteilt.

Belgien.

Die Teuerungsurachen. Die in Charleroi durch die Lebensmittelteuerung veranfaßten Kundgebungen waren sehr erster Natur. Im Laufe des Tages kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den nach Tausenden zählenden Kundgebern und der Polizei, die durch Gewandern und Truppen verstärkt wurde. Mehrere höhere Beamte der Behörden wurden von den Manifestanten angegriffen und konnten nur mit Mühe von der Polizei geschützt werden. Als sich die Aufregung der Menge immer mehr steigerte, ließ der Bürgermeister die Feuerwehre alarmieren. Die Manifestanten zogen sich darauf zurück. Die Stadt sieht aus wie im Belagerungszustand.

Finnland.

Protest gegen die Besetzung durch Rußland. Sämtliche finnländische Zeitungen verurteilten eine von Staatssekretär für Finnland in Petersburg, Sanahoff, gerichteten offenen Brief, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Volk seit langem von seinem Vertreter beim Thron Schritte erwartete zur Abwehr der auf das Vaterland fallenden Schid-

folgslos. Daß solche Schritte nicht erfolgen, habe im ganzen Lande eine große Bewegung hervorgerufen. In dem Schreiben wird der Staatssekretär gefragt, was er zum Schutze der Rechte Finnlands und zur Abwehr der dem finnischen Volk drohenden Gefahren unternommen habe oder zu unternehmen beabsichtige. — Der Brief wird selbstverständlich ungeöffnet erhalten und weder der Staatssekretär noch die Regierung des Innensachen werden sich im geringsten daran lehren. Das finnische Volk ist allein aber kaum stark genug, um sich den strengen des russischen Völkern zu entziehen; um seine Freiheit ist es gescheit!

Seine politische Entschlossenheit.

Das französische Budget für 1912 weist einen Aufschlag von 178 Millionen Frank auf, der durch eine Abänderung gewisser Steuern und durch ein Abkommen mit der Obhutgesellschaft gedeckt werden soll.

Der geschiagene erste Führer des persischen Exils, Sardar Asfand, den die Regierungstruppen bei der letzten Entscheidungsschlacht gefangen nahmen, wurde sofort handrechtlich erschossen. Von der ersten Salbe nur verwundet, richtete er sich wieder auf und rief mit dem Anführer die Revolution aus. „Zweite Salbe der Schah Mohammed Ali!“ Dann wurde eine große Salbe abgegeben, die ihn tötete.

Der österreichische Kriegsminister Freiherr v. Schönau hat am Mittwoch seine Demission überreicht. Der Minister geht, nachdem, weil der Kronprinz ihn nicht leiden konnte. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Aus der Partei.

Desorganisation in Stuttgart.

Die Gegensätze zwischen Sozialisten und Revisionisten in der Stuttgarter Parteiorganisation haben sich so lebensfähig gestaltet und so gewachsen, daß man bereits von einer Selbstzerstörung, von einer beginnenden Desorganisation sprechen kann. Wäre die Sozialdemokratie nicht eine notwendige Folge sozialer Verhältnisse, entspränge sie nicht aus der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse — nie würde sie solche inneren Stürme überleben, wie sie sie von ihren Gründungs-kämpfern bis heute tatsächlich überstanden hat. Deshalb sieht auch zu erwarten, daß die lebensfähigsten Wogen in Stuttgart wieder abfluten werden und daß ruhige Sachlichkeit wieder eintreten wird. Da nun aber nach den neuesten Bestimmungen die Stuttgarter Differenzen den Parteitag in Form einer unbedingten Angelegenheit werden, so ist es notwendig, die Genossen über die letzten Stürme zu informieren.

Zunächst: weder Art der Kampf des revisionistischen Chefredakteurs Reil war, den er gegen seinen Redaktionskollegen Weismeyer, der zugleich Vorsitzender der Stuttgarter Parteioorganisation ist, führte, davon ein Beispiel.

Nach dem Bericht der Tagwacht hatte Reil folgendes auf dem Landesparteitage ausgeführt:

Als Bericht über den Verlauf des von Weismeyer der Schwäbischen Tagwacht in der Besetzung angetreten, daß sie ausschließlich der liberalen Götze den konstitutionellen Sinn des Königs anerkannt und gesagt hat, er habe das Streben nach Fortschritt nicht gemehmt, sondern sich ihm angepaßt und es bei der Schul- und Verfassungsreform gefördert. Nun hören Sie folgende Ausführungen:

König Wilhelm II. von Württemberg ist ein persönlich sehr anständiger und lebenswürdiger Mensch, frei von jedem Dünkel, als Mann geschätzt von den Mitgliedern aller Parteien. Majestätsbeleidigungen sind in Württemberg unbekannt. Als Monarch hält er sich streng an die Verfassung. Niemand hat er sich der Ernennung der Volksrechte widersetzt, im Gegenteil bei der Verfassungsreform seinen großen Einfluß eingesetzt, um das Wert zu erhalten. . . . Daß König Wilhelm II. von Württemberg persönlich ein hochachtbarer Mann ist, der sein Amt unparteiisch und streng rechtlich zu führen sucht, wird von niemand bestritten. Die Person zu kränken, liegt jenseit fern. . . . Gewiß ist Württemberg nicht zu vergleichen mit dem Vollzeitalter Preußen. Der Württemberg hat z. B. ein besseres Verfassungswesen als der Reichsstaat zum Reichstag. Der Einfluß des Königs ist trotz der ersten Kammer längst nicht so groß wie in Preußen. Das hat seine Gründe in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der historischen Entwicklung des Landes. Aber trotz und allem ist auch der Bundesstaat Württemberg nur ein Teil der staatlichen Verhältnisseorganisation der bestehenden Klassen. . . .

Das schrieb derselbe Weismeyer am 29. Juli 1909 in Bornward, der heute sein eigenes Wort wegen viel zurückhaltenderen Äußerungen anklagt! (Angehörige Bewegung in der ganzen Versammlung, der ein gewaltiger Beifallssturm folgte.)

Dem Genossen Weismeyer wurde eine Erwiderung gegen seine Strafmaßnahme unmöglich gemacht. Erst tritt er in

der Tagwacht den Beweis dafür an, daß es sich in der Tat nur um eine Ehrabschneiderei handelt. Er schreibt:

Das Jütat des Genossen Reil ist sehr unvollständig. Der Artikel des Reizworts (der von Weismeyer kommt, Red. d. W.) nahm sofort Stellung gegen die Teilnahme der sieben sozialdemokratischen Kandidaten an der Reichstagswahl. Durch welche Gründe die sieben Genossen veranlaßt worden sind, die Fahrt mitzumachen, ist noch nicht bekannt. Sie haben noch keine Gelegenheit gehabt, sich öffentlich darüber zu äußern. Dringen zu müssen ist, daß aus der Erwiderung, die nicht mehr zu vermeiden ist, alles Persönliche ausgeschlossen wird, denn die Angelegenheit erfordert eine sachliche Behandlung. Haben sich nun die sozialdemokratischen Teilnehmer an der Fahrt auch nicht über ihre Rolle geäußert, so fällt es doch nicht schwer, ihre Beweggründe zu erraten. Es werden etwa die folgenden sein.

Sie folgt nun das obige Jütat, das Reil in bewußt irreführender Weise auf der Landeskonferenz so wiedergegeben hat, als ob es die Ansicht Weismeyers sei. Der Vorwärtsartikel Weismeyers fährt dann aber fort:

Das etwa werden die Gründe sein, die wir von den sieben Genossen der Fahrt bemerkt zu haben bekommen werden. Selbstverständlich können noch eine ganze Reihe sonstiger Beweggründe für die Fahrt ins Treffen geführt werden. Sie alle ausfindig zu machen, ist nicht unsere Aufgabe. Nur die beiden hauptsächlichsten Momente — unserer Kenntnis nach — haben wir festgestellt.

Daß König Wilhelm II. von Württemberg ein persönlich hochachtbarer Mann ist, der sein Amt unparteiisch und streng rechtlich zu führen sucht, wird von niemand bestritten. Die Person zu kränken, liegt jenseit fern. Hier handelt es sich aber nicht um die Person, sondern um die Institution. Als Vertreter und Vorkämpfer der Demokratie müssen wir die Monarchie bekämpfen, ganz gleichgültig, wer schließlich das Jüpter trägt. Darum hat sich der Sozialdemokrat, wenn nur irgend möglich, von Veranlassungen fernzuhalten, die mit Aufhebungen für Monarchie und Monarchie verknüpft sind. Das hat auch der Gegner verstanden, auch Wilhelm II. von Württemberg. Daß es der Sozialdemokratie fernliegt, gegen ihn persönlich zu demonstrieren, weiß Wilhelm II. so gut wie jeder andere auch. Dem verlogenen Beschrei der bürgerlichen Presse hätte man leicht folgen können, und ein neuer Anlauf unter den Parteigenossen selbst wäre vermieden worden.

Man sieht, Genosse Reil ist nicht wahrhaftig in seinen Mitteln. Weismeyer wurde nun überdies durch Mundotmachung auf dem Landesparteitage das Wort zur Verteidigung abgelehnt.

Inzwischen spielte sich folgendes ab. Die Wahl der Delegierten zum deutschen Parteitag erfolgte in Stuttgart durch Urabstimmung. Der Kreisvorstand machte bekannt, daß gewählt seien: Hildenbrand, Frau Dunder, Rapp und Weismeyer. Einige Tage danach hob jedoch der Kreisvorstand die Abstimmung auf, da in den landlichen Orten eine Anzahl Unregelmäßigkeiten festgestellt worden und die Wahlprotokolle und Stimmzettel nicht vollständig eingeleitet waren. Es wurde eine neue Urabstimmung festgesetzt.

Darauf erließen die Genossen Hildenbrand, Gemann, Weiskämpen und Rapp in der Tagwacht eine lange Beschuldigung, die „Ein unerhörter Gewaltstreik“ überschrieben ist. Sie werfen darin dem Kreisvorstande Wahltäuschung vor und schreiben:

Warum soll nun eine „zweite Abstimmung“ stattfinden? Nur deshalb, weil der Genosse Weismeyer nicht wie in Nr. 20 der Tagwacht zum Kreisvorstand „festgelegt“ worden ist, gewählt wurde, sondern weil er durchgefallen ist, folgt eine Tabelle, die das beweisen soll.

Dann ist also nicht Weismeyer, sondern Gemann gewählt. Die „zweite Abstimmung“ hat also weiter keinen Zweck, als das Wahlglück, das Weismeyer und Genossen am 26. und 27. August nicht günstig war, zu „korrigieren“ nach dem Hiesigen Beispiel!

Was sollen nun die Parteigenossen gegenüber der Anordnung einer „zweiten Abstimmung“ tun? Da die Wahl vom 26. und 27. August im allgemeinen in günstigen Formen vor sich gegangen ist, so ist es am besten, wenn jeder von der Abstimmung am 7. September fernbleibt! Dem Neuen Parteitag wird ein wohlgegründeter Protest angeden. Die hiesige Parteilung wird zu entscheiden haben, was Recht ist.

Zu beachten ist, daß Weismeyer nicht im Kreisvorstand ist, sondern nur Vorsitzender des Stuttgarter Ortsvereins, also mit der Kaffung der ersten Wahl nichts zu tun hat. Nun erklärt aber der Kreisvorstand auf diese unerhörte Beschuldigung eine Erklärung, die die Wahrscheinlichkeit der Revisionisten entthüllt. Es heißt da:

Es wurde festgestellt, daß eine Anzahl Genossen folgenden Wahlvorschlages in Kaufenden von Exemplaren bruden und

hinter dem Rücken des Kreisvorstandes zum Verstand kommen ließen.

Wahlvorschlages zum Jenaer Parteitag.

- Karl Hildenbrand, Stuttgart
- Fritz Hildemann, Stuttgart
- G. Gemann, Stuttgart
- W. Rapp, Kempten.

Zu wählen sind vier Delegierte, mehr als vier Mann dürfen auf dem Stimmzettel nicht stehen bleiben, die übrigen sind also zu streichen.

NB. Dieser Zettel darf nicht als Stimmzettel benutzt werden. Bezeichnet aber ist, daß Ortsvereinsvorstände, die als nicht ganz hakenrein in revisionistischem Sinne gelten, keine Wahlzettel erhalten. Sie wurden nicht nur an Parteigenossen, sondern auch zum Vertrieb an Vertrauensleute der Gewerkschaften gelangt. Die nicht einmahl auf den Zettel annehmen. Interessant wäre es zu wissen, wer die nicht unerheblichen Kosten für die Verteilung und den Versand der präparierten Stimmzettel bezahlt.

Der Kreisvorstand weiß dann nach, daß die bei der Anordnung der für unzulässig erklärten Stimmen Beschneidung unbedingt gehält bliebe, daß aber die Gesamtheit der Unregelmäßigkeiten den Vorstand zu einer neuen Urabstimmung bestimmt hätte.

Bei der ganzen Sache hat man zu beachten, daß die vier Protokollnehmer jüt die Genossen sind, die auf dem in Kaufenden präparierten Stimmzetteln stehen. Weiter ist es eigenartig, daß man den Genossen Hildenbrand zur Wahl stellte eine feineren Namen an erste Stelle des Stimmzettels setzte. Denn so ist die tagsabgeordnete und als solcher ohne weiteres auf dem Parteitage rede- und stimmberähigt. Die Verfasser des Streiches haben wohl die angemessene Popularität seines Namens als wirksamstes Mittel gegen Weismeyer ins Feld führen wollen? Aber dies ist d. Landesvorsitzender, weshalb seine jegliche Aufforderung, der vom Kreisvorstand anberaumten Wahl fernzubleiben, geradezu ungeheuerlich ist. Ein solcher Vorgang ist der Anfang der Auflösung der Organisation. Die Jenaer Parteitung kommt nun seinen Anteilsspruch über die Stuttgarter Vorgänge nicht herum.

Briefkasten der Redaktion.

U. D. Götische. Bei Kindern unter 14 Jahren erfolgt die Austrittserklärung aus der Kirche auch weiteres mit der Austrittserklärung des Vaters. Kinder über 14 Jahre werden aber beim Austritt als Erwachsene betrachtet und müssen gleichfalls die Austrittsgebühr bezahlen.

Ch., Röhle. Sie müssen zum 1. Januar ausziehen.

W. Torgau. Gebärberichte, die uns erst jetzt, nach fast einer Woche, zugehen, sind für das Volksblatt wertlos. Wir haben schon wiederholt ausgesprochen, daß unsere Berichterstatter schneller berichten müssen. Ausreden ziehen diesmal nicht.

Waffen- und unter.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Ort	6. Sept.	7. Sept.	05	06
Kern, Brückenweg.	+0,16	+0,11	0,05	—
Nebr., Oberpegel.	+1,80	+1,90	0,10	—
Unterpegel.	+1,30	+1,26	0,04	—
Wegensfeld, Oberpegel.	+2,32	+2,04	0,28	—
Unterpegel.	+0,68	+0,90	0,22	—
Troitz.	+1,09	+1,88	0,02	—
Alteben, Oberpegel.	+1,28	+0,94	—	0,02
Unterpegel.	+0,36	+0,34	—	0,06
Bernburg.	+0,21	+0,11	—	0,10
Salze, Oberpegel.	+1,11	+1,02	0,09	—
Unterpegel.	+0,66	+0,72	0,06	—

Ort	6. Sept.	7. Sept.	05	03
Dresden.	+2,24	+2,21	—	0,03
Torgau.	+0,50	+0,51	0,01	—
Wittenberg.	+0,37	+0,35	0,02	—
Hoflau.	+0,28	+0,31	0,03	—
Barby.	+0,18	+0,20	0,02	—
Magdeburg.	+0,02	+0,04	0,02	—

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Heberich, Parteinarbeiten Paul Dennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Neuilleiten und Vermischtes Karl Bod. Lokales Wilhelm Koenen, Provinziales und Verfallungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Haben Sie Bedarf an Waren u. Geldwaren so beden Sie denselben bei der als billig und recht bekannten Firma
Grosse Ulrichstr. 55. Max Bernhardt, Herzbergstr. 164.



Eine Sehenswürdigkeit Halle's bilden meine neuen Geschäftsräume!

Besichtigen Sie dieselben ohne jeden Kaufzwang!

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Frau Braun
Alex. Michels
Halle-5

MARKTPLATZ 18
FERNSPICHER 598

1 Tasse Kaffee und Windbeutel mit Schlagahne **Gratis**

beim Einkauf von 2 Mk. an

Jahrmarkt

1 Tasse Kaffee und Windbeutel mit Schlagahne **Gratis**

beim Einkauf von 2 Mk. an

Sonntag d. 10. September bis 7 Uhr abends geöffnet.

Sämtliche Mode- und Gebrauchs-Artikel bei kaum zu überbietender Preiswürdigkeit.

Leib-Wäsche.

Damen-Achselfuss-Hemden mit Stickerei	98 Pf.
Damen-Knie-Beinkleider mit Stickerei	98 Pf.
Untertalben mit Banddurchzug	5.50 bis 45 Pf.
Stickerei-Röcke	1 ³⁵
Männer- und Frauen-Barchenthemden	1 ¹⁰
Frauen-Beinkleider	85 Pf.
Frauen-Unterröcke	95 Pf.
Nachtjacken, weiss und bunt	95 Pf.

Handschuhe, Strümpfe.

Damen-Handschuhe farbig, durchbr., 2 Druckkn.	24 Pf.
Damen-Trikot-Handschuhe 40 cm lang	55 Pf.
Damen-Handschuhe lang, weiss u. schwarz, durchbr.	38 Pf.
Damen-Strümpfe geringelt u. Stiefelmuster	38 Pf.
Damen-Strümpfe gestreift u. kariert	75 Pf.
Frauen-Strümpfe grau u. braun, gestrickt	32 Pf.
Herren-Socken graue Vigogne	25 Pf.
Herren-Socken Flor gestreift	75 Pf.

Schürzen.

Tea-Schürzen weiss und bunt, mit türkischem Besatz	95 Pf.
Wirtschafts-Schürzen gestreift Gingham	28 Pf.
Wirtschafts-Schürzen mit Volant und Besatz	48 Pf.
Blusen-Schürzen gestreift Gingham, modernste Macharten	95 Pf.
Träger-Schürzen gute waschbare Stoffe	95 Pf.
Kinder-Spielhöschen verschiedene Grössen	58 Pf.
Russon-Kittel gestreift Leinen, in mod. Besätzen, weiss und blau	78 Pf.
Reform- und Halbroform-Schürzen	98 Pf.

Haushalt.

Porz.-Speiseteller	14 Pf.
Porz.-Tassen mit Untertass.	8 Pf.
Porz.-Kaffeekannen	28 19 Pf.
Porz.-Salatgeschüsseln	12 9 7 Pf.
Porz.-Milchtöpfe, weiss	9 7 6 Pf.
Einmachgläser	6 5 4 Pf.
Speiseteller, tief und flach	7 5 3 Pf.
Satz Salats, 6 Stück	58 Pf.
Kaffeebecher, weiss, bunt	7 5 4 Pf.
Gemüseschüssel mit Deckel	14 Pf.

Schuhwaren.

Damen-Stiefel elegante Fassons, gutes, kräftiges Rindboxleder	4 ⁹⁵
Damen-Stiefel hochmoderne Fassons, zum Teil Good.-Welt-Ware	7 ⁹⁰

8⁵⁰ Herren-Stiefel 8⁵⁰
neueste Fassons, in echt Box calf und Chevreux

Werktags-Stiefel für Männer und Frauen, kräftige, gediegene Ware	4 ⁹⁰
Kinder-Stiefel absolute Garantie für Haltbarkeit	2 ⁴⁵
Kinder-Stiefel echt Box calf, allerneueste praktische Form	3 ⁹⁰

Korsetts.

Haus-Korsett mit Spiralestäben	1 ⁴⁵
Rüstenhalter weiss u. grau Batist	1 ⁴⁵
Kinder-Leibchen grau u. weiss	32 Pf. an
Directoire-Korsett mit Strumpfhalter	3 ⁸⁵

Hüte, Mützen.

Jachtclub-Mützen für Herren	48 Pf.
Regenländer-Mützen für Herren	38 Pf.
Sport-Mützen für Herren	28 Pf.
Sport-Mützen für Knaben	24 Pf.
Prinz Heinrich-Mütze für Knaben	38 Pf.
Teller-Mützen für Mädchen	25 Pf.
Fib-Mützen, alle Farben, für Herren	1 an

Herren-Artikel.

Oberhemden, farbig, vorz. Qualitäten	2 ⁹⁵
Westen, bunt, sehr stark	2 ⁵⁰
Garnturen, farb. Servieturen u. Manschet.	45 Pf.
Gummi-Wasenträger für Herren	32 Pf.
Gummi-Wasenträger für Knaben	18 Pf.
Kinder-Kragen mit Sattel, weiss u. farbig	18 Pf.
Herren-Kragen moderne Fassons	25 Pf.
Diplomaten-Krawatten in mod. Farben	25 Pf.
Selbstkinder, breit, hochhelog. Sachsen, von	25 an

Dekorationen.

Engl. Tüll-Gardinen hochelegante aparte Muster, bedeutende Auswahl	22 Pf.
Spachtel-Vitragen gebogen u. bekrübelt Fenster	2.75 1.95
Stores, engl. Tüll und Erbstüll moderne Entwürfe	5.25 3.50

4⁵⁰ Teppiche 4⁵⁰
mit laun sichbaren Webfehlern
11.80 19.75 28.50

Portieren-Garnituren 2 Schals u. 1 Lambrequin	6.75 4.50
Bettstellen für Kinder und Erwachsene, vorzügliche Qualitäten, von	5 ²⁵ an
Auflage-Matratzen garant. reine Füllung	4 ⁵⁰ an

Gürtel.

Samt-Gürtel, schwarz, mit eleg. Schloss	1.25 95 75 65
Lack-Gürtel, schwarz, unzerbrechbar	35 68 38 Pf.
Lackleder-Gürtel alle Sorten	1.25 95 75 Pf.

Haushalt.

Porz.-Eierbecher	4 Pf.
Porz.-Menagen	28 19 Pf.
Porz.-Butterdosen	88 28 Pf.
Porz.-Kaffeekann., gross	58 Pf.
Porz.-Saucieren	58 48 Pf.
Porz.-Speiseteller, Goldrand	28 Pf.
Wassergläser	7 4 Pf.
Bierbecher, Goldrand	7 Pf.
Bierbecher, 1/4 und 0.2	6 Pf.
Butterdosen, Pressmuster	18 Pf.

Streichhölzer **23** Pf. Paket

Weingläser Spez.-Kristall	14 Pf.
Milchtöpfe, gross, dek.	14 Pf.
Waschbecken, gross	95 Pf.
Nachtstühle	28 Pf.
Küch.-Garnitur, 16 teilig	4 ⁷⁵
Wasch-Garnitur, dekor., kompl.	98 Pf.
Einmach-Häfen 6 5 4 Pf.	
Satz Salats, 6 Stck., bunt	78 Pf.
Alum.-Fleischtopfe	68 58 Pf.
Alum.-Kasserollen	78 68 48 Pf.

Baumwollwaren.

Barchent-Betttücher, richtig gross, weiss und bunt	195 95 Pf.
Schlafdecken, getigert, schwere Qualität	95 Pf.
Bettbezüge, bunt, 1 Bezug, 2 Kissen	4.25 3.00 2 ⁵⁵ M.
Blaudruck, grosse Auswahl, echtfarbig	Meter 38 30 Pf.
Bettzeug, kariert, waschecht, 80/88 brt.	Mtr. 52 48 30 Pf.
Schürzen-Leinen, ca. 130 cm breit, kräftig, waschecht	Meter 75 65 Pf.
Drell-Handtücher 1/2 Dutzend	2.20 bis 95 Pf.
Gerstenkorn-Handtücher	Stück 35 25 Pf.

Konfektion.

Frauen-Gapes aus Marengostoffen, 106-120 lang,	9.50 5 ⁷⁵ M.
Damen-Jaquettes, schwarz, teilweise auf Futter	2 ⁵⁰ M.
Golf-Jacken, weiss und farbig	9.75 6.50 3 ⁴⁵ M.
Kostümröcke, sehr dauerhafte Stoffe	3.95 2 ²⁵ M.
Kinder-Kleidchen, Hangerlanson, pr. Stoffe	1.85 95 Pf.
Unterröcke, 1a Halbturn, Volant u. Tressenbesatz	2.25 1 ⁴⁵ M.
Blusen aus gutem Barchent, neueste Dessins	2.75 1.95 95 Pf.
Knaben-Anzüge, dauerhafte Stoffe	1.25 95 Pf.

Kleiderstoffe.

Cheviot, schwarz und farbig, doppelt-breit, solide Qualität	Meter 95 75 Pf.
Praktische Kleiderstoffe, doppeltbreit	Mtr. 48 35 Pf.
Blusenstoffe, aparte Herbitneueheit	1.25 95 75 Pf.
Kostüme Stoffe, Neuheit der Saison	1.85 1.25 1 ¹⁰ M.
Rockstoffe, ca. 130 cm breit, engl. Geschn.	1.45 95 Pf.
Blusenflanell, waschecht, grosse Auswahl	68 48 38 Pf.
Schottische Kleiderstoffe, waschechte Muster	38 35 Pf.
Valour-Barchent, waschechte, neue Muster	58 30 Pf.

Chaiselongues

mit feinem Cöpe-Bezug, auf 40 Fadern gearbeitet **21⁵⁰**

Nussbaum.

Sofas

mit prima Plüsch-Bezug, beste Verarbeitung **55⁰⁰**

das Wort von der demokratischen Jugend des Reichstages braucht. Aber unter den Lebenden hat sich eben in so vielen Kreisen der Meinung, daß so oft je, auch der miträuflichen Kritik Handgeboten.

Offen war, daß es dem Jänner Parteitag gelingen wird, in strenger Prüfung und sorgfältiger Auslese unsere Führung in einer Weise zu verewollständigen, daß das gesamte proletarische Deutschland ihr mit Zuerst und Enthusiasmus in die großen Kämpfe folgt, die uns bevorstehen.

Die Situation, der wir entgegengehen, ist eine gefährliche, aber vielversprechende, wenn sie klug und tatkräftig ausgenutzt wird.

Wie immer sich das Ergebnis der nächsten Wahlen gestalten mag, ihm wird auf jeden Fall eine bedeutende Verstärkung der Arbeiterparteien folgen. Nicht bloß deswegen, weil unsere voranschreitende Siege dem rechten Flügel des Reichstages einen heillosen Schrecken eingebracht — diese Wirkung wird vielleicht nicht einmal so groß sein, als man sie noch vor einem Jahre ermarnten konnte, weil die Gegner sich mit der Idee unseres Sieges inzwischen schon längst im voraus vertraut gemacht haben. Die großen moralischen Wirkungen in der Politik entfpringen aber aus unvorhergesehenen Ereignissen.

Wenn man trotzdem sicher sein darf, daß die Reichstagswahlen mit einer großen Verstärkung der Arbeiterparteien Hand in Hand gehen werden, so beruht diese Zuversicht auf der Tatsache, daß diese Wahlen zeitlich mit gesellschaftlichen Erscheinungen zusammenfallen, die alle sozialen Gegensätze aufs schärfste zuspitzen, was in den Wahlen selbst zutage treten und durch sie dann weiter gefördert werden wird.

Vor wenigen Jahren noch wurde die Prognose hingestellt, daß die kapitalistische Welt in eine Periode allgemeiner Unruhe eingetreten sei — heute ist der rebellische Geist im Proletariat so weit verbreitet und so zur Sicherung bereit, daß selbst England revoziert, das Mutterland der herrlichen Erfindung, wo alle Kräfte zu Katastrophen für immer aus dem Wege geräumt sind.

Es ist die Forderung, die die gesamte Masse des arbeitenden Volkes immer mehr beherrscht, die aber gleichzeitig auch die Ausbeuter der Arbeiter zu immer größerer Feindseligkeit gegen sie treibt. Denn es ist nicht bloß die Kaufkraft der Löhne, es ist nicht gleichzeitig für die meisten der Ausbeuter auch die Profitrate, teils wegen des Steigens der Rohstoffpreise, namentlich aber wegen der Verlangsamung des Zirkulationsprozesses der Waren, da der große wirtschaftliche Aufschwung immer noch auf sich warten läßt.

Der Gegenlag zwischen dem Proletariat und den beherrschenden Klassen ist nicht immer mehr zu. Das führt auf der einen Seite dazu, daß die Arbeiter immer mehr gedrängt werden, sich zusammenzuschließen; die Zahl der in Partei und Gewerkschaften Organisierten wächst und noch mehr wächst die Zusammenfassung der einzelnen Organisationen zu gemeinsamen Kämpfen in riesigen Verbänden.

Das ist eine Situation, die für uns schwere Kämpfe, aber auch große Siege in ihrem Schoße bereitet hält, die aber freilich auch eine ebenso süße wie kluge und weitschauende Führung notwendig macht.

Mit der bloßen Entzweiung der Massen kommt man da nicht weit. Die Aufgabe der sozialistischen Proletarier ist es heute, nicht bloß, wenn es gilt, ihre Persönlichkeit einzufügen, sondern auch sorgfältig die Wortkämpfer auszuwählen, unter deren Führung sie ihre Persönlichkeit in die Schanze schlagen.

Gewerkschaftliches.

Geisig, heilig ist der Arbeitswille.

Vor dem Schöffengericht in Orlitz hatte sich der Gauleiter des Textilarbeiterverbandes, Genosse Wahr-Zeugersdorf, der Sekretär der christlichen Gewerkschaft Bieder, sowie zwei Arbeiterinnen, Mitglieder des Textilarbeiterverbandes zu verantworten. Der Prozeß war die Folge einer Lohnbewegung, die bei der Firma Heinrich bei kurzem stattgefunden hat. Die beiden Angestellten sollten sich in der Wohnung eines Arbeitswilligen des Hausfriedensbruchs und der Berufsverletzung schuldig gemacht haben, die beiden Arbeiterinnen der Beschädigung Arbeitswilliger. Der christliche Gewerkschaftsbeamte sollte zu dem betreffenden Arbeitswilligen gesagt haben, wenn er wieder in Arbeit geht, werden die Arbeiter mit Fingern auf ihn zeigen.

Trotzdem die Anklage in fast allen Teilen bestritten und widerlegt wurde, wurde Genosse Wahr-Zeugersdorf wegen Hausfriedensbruchs zu acht Tagen, Bieder wegen Hausfriedensbruchs und Berufsverletzung zu 20 Tagen und die beiden Arbeiterinnen zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Ausbruch der Rührberger Transportarbeiter ist durch Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts beigelegt worden. Es wurde ein für drei Jahre gültiger Tarifvertrag abgeschlossen.

Die Verschmelzung mit dem Tabakarbeiterverband beschloß mit 20 gegen eine Stimme der Verband der Zigarrenarbeiter.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 8. September 1921.

Die Polizei soll wieder Recht haben.

Die Merseburger Regierung hat es wieder einmal — wie schon so oft — für gut gefunden, der halbesächsischen Jugend Unterdrückung angedeihen zu lassen. Sie hat alle gegen die Singlistenanstellung der Arbeiterjugend gerichteten Polizeiaten für berechtigt erklärt. Nachdem erst vor wenigen Wochen die Regierung mit einer ähnlichen Zustimmung zu halbesächsischen Polizeimaßnahmen einen Reinsfall erlebt, indem der Oberpräsident die Polizeigenossen den für den 30. März geplanten Theaterabend des Sozialdemokratischen Vereins für unangebracht erklärte, hätte man erwarten sollen, daß die Merseburger Regierung diesmal doch nicht so einfalllos alles, aber auch alles billigt, was die Polizei in den Singlistenanstellungen gegen die Jugend unternommen hat. Denn bei diesen Vorgängen fehlen, genau so wie beim Verbot des Theaterabends, in einzelnen Fällen völlig die Gründe. Dem sucht nun die Merseburger Regierung abzuhelfen, indem sie jetzt in ihrer Abweisung der Beschwerde alle nur aufzufindenden Momente aufhäuft, um das Politische an den Jugendtagveranstaltungen zu beweisen. Sie kommt dabei zu folgendem länglichen Erguß:

Die Beschwerde des Arbeiters Jüngling gegen die Polizeiverordnung zu Halle a. S. wegen Freiheitsberaubung und Auflosung zweier Zusammenkünfte jugendlicher Arbeiter am 4. und 5. Juni d. J. weist nicht nur dem Ergebnis der angefallenen Ermittlungen als unbegründet zurück.

Sie in Rede stehenden Zusammenkünfte waren durch einen Anlauf, unterzeichnet von der sozialdemokratischen Bezirksleitung, in dem Volksblatt angeündigt worden, mit der Aufgabe des Zieles, das Solidaritätsgefühl der proletarischen Jugend zu heben. Zugleich wurde in demselben Blatt die Parteigenossen als solche öffentlich aufgefodert, auswärtigen Jugendlichen ohne Vermittlung Stadtkommissar zu gewähren und dies der Besoinft bedingte Vermittlung anzuwenden. Das Festprogramm des Jugendtages war von dem Beschwerde-führer genehmigt, der Vorsitzende des aufgelösten Kreisvereins Halle a. S. der Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands, genehmigt war und der freier Vorsitzende der örtlichen Vereinigung in Berlin, Pötsch, sollte der Veranstaltung Bericht erstatten. Die ganze Veranstaltung ging nach allem dem von der sozialdemokratischen Partei aus und war offensichtlich bestimmt, parteipolitischen Zwecken zu dienen.

Unter diesen Umständen hat die Vermutung nicht unrichtig, daß der als rein zellege Veranstaltung hingestellte Jugendtag sich zu einer öffentlichen politischen Versammlung im Sinne des § 17 des Reichsvereinsgesetzes auszuweiten konnte. Diese Vermutung aber berechtigt die Polizeiverordnung, wie auch in der Nachprüfung des Oberverwaltungsgerichts anerkannt ist, durch die Entsendung von Beamten die Gemüthsruhe zu verletzten, daß keine Umgehung der für öffentliche politische Versammlungen gegebenen Vorschriften erfolgen würde.

Der Verlauf der am 4. Juni veranstalteten Abendunterhaltung wie auch der Versammlung am 5. Juni hat den Verdacht der Polizeiverordnung bestätigt. Zunächst ist festzustellen, daß bei der Abendunterhaltung die zum Eintritt berechtigenden Programme ohne jede Kontrolle nicht nur an jugendliche Teilnehmer, sondern an jeden beliebigen Erwachsenen abgegeben wurden, daß also die Veranstaltung einen öffentlichen Charakter trug. Denn aber ließ sich bei der ersten Nummer des Programms gesprochen, aus der Wuchshandlung vorwärts kommende Prolog, in dem die anwesenden jugendlichen Proletarier aufgefordert wurden, zur Befreiung aus der Knechtschaft der bestehenden Verhältnisse in die Reihen der Arbeiter einzutreten, die politische Lebens der ganzen Bevölkerung deutlich erkennen. Der anwesende Polizeibeamte war daher wohl berechtigt, die Entfernung der anwesenden Jugendlichen aus dem Saale anzuordnen. Ihre weitere Entfernung aus dem Saale ist erst gefordert worden, als ein Erwachsener sich erhoben, als ein Erwachsener von einem Tische aus eine öffentliche Ansprache zu halten versuchte, die als Fortsetzung der Versammlung im Saale aufgefaßt werden mußte. Zu einer solchen Fortsetzung unter freier Dämmerung aber wäre unter allen Umständen, gleichviel um welche Zweck es sich handelte, die vorherige politische Genehmigung erforderlich gewesen. Eine Nennung des Gartens durch die Erwachsenen ist trotzdem nicht angeordnet worden; vielmehr sind Fragen derselben, ob auch sie den Garten verlassen müßten, ausdrücklich verneint worden.

Die Entsendung von Polizeibeamten in die Versammlung im Volkspark am Nachmittag des 5. Juni richtiger ist nach den Vorkommnissen des Abends vorher ohne weiteres. Auch an diesem Tage aber ist die Entfernung der Jugendlichen erst gefordert worden, als die Rede des Berichterstatters Beters seinen Zuhörer an dem politischen Oberbau der Versammlung beteiligen ließ. Die Aufforderung ist zunächst an den angeblich nicht legitimierten Höhe, dann aber auch an den Beschwerde-führer Höhe gerichtet worden. Anlaß daß dieser Aufforderung nachgegeben wurde, rief der Redner Beters der Versammlung zu, begünstigen, er werde weiterreden, und auch Stöße für die Anwesenden ausbreiten zum Bleiben auf. Die Folge war ein gewaltiger Tumult, dem der Beamte nur durch Auflösung der Versammlung begegnen konnte. Die Berechtigung hierzu ergab sich einwandfrei aus § 14 Absatz 4 des Vereinsgesetzes, da sich beim Verhalten der leitenden Persönlichkeiten, wie der des Redners, eine un-mittelbare Aufforderung zum Wiederhören gegen die Staats-gewalt hob. Die weitere Nennung und zeitweise Ab-

berung des Volksparks einschließlich des Gartens ist angeordnet worden, als sich die tumultuarischen Szenen außerhalb des Versammlungsraumes wiederholten und eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit befürchtet werden konnte.

Wichtig ist dieses Sachverhalte bin ich nicht in der Lage, die Maßnahmen der Polizeiverordnung, gegen die sich die Beschwerde richtet, zu missbilligen.

v. Gersdorff.

Die mühselige Arbeit dieser Begründungsanfertigung ist — wie sich bald zeigen wird — sicher unendlich gemein. Zunächst wird das gefordert, daß deswegen, weil einige Sozialdemokraten an der Vorbereitung der festlichen Veranstaltungen teilnahmen, die Veranstaltung von der sozialdemokratischen Partei ausging und parteipolitischen Zwecken dienen sollte. Wäre man diesen logischen Kopfsprung als richtig gelten lassen, dann würden alle feste organisierter Arbeiter politisch je und politisch von Jugendlichen geräumt werden müssen. Denn alle die feste werden von sozialdemokratischen gesteuert ausgerollt, sie werden im Volksblatt angeündigt und haben das Ziel, das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Aber ebensoviele wie die sonstigen Arbeiterparteien parteipolitischen Zwecken dienen und überhand werden dürfen, ebensoviele dürfte die Jugendveranstaltung politisch gefordert werden. Dabei mag nicht darauf hingewiesen werden, daß es der Polizei gar nicht einfallt, ihre Logik auf Veranstaltungen anderer Kreise anzuwenden, sonst müßte sie von Arbeitervereinsfesten, die durch konservative Politiker veranstaltet werden, und auf denen in den Ansprachen häufig in Politik gemacht wird, abhalten die Jugendlichen vertrieben. Das Gegenteil geschieht aber, indem man die Jugend mit allen Mitteln dorthin zu locken versucht.

Rechtlich wadrig ist die Behauptung, daß die Abendunterhaltung am 4. Juni eine Erörterung politischer Angelegenheiten war, weil es in dem gesprochenen Prolog heißt, daß die Jugend zur Abwehr der Knechtschaft in die Reihen der Arbeiter gebracht werden werde. Eine politische Erörterung, die nach den höchsten gerichtlichen Entscheidungen eine unmittelbare direkte Einwirkung auf staatliche Institutionen bewirken muß, ist diese politische Phrase auf keinen Fall. Und die Polizei wird damit um so weniger durchkommen, als das Kammergericht erst am 12. Juli eine Beurteilung wegen Uebertretung des hier angezogenen § 5 des Vereinsgesetzes abgegeben hat, weil nachgeprüft werden mußte, ob bei jenen Erörterungen die direkte Absicht obwaltete, direkt und unmittelbar einzuwirken auf die staatlichen Institutionen, das beherrschende Recht zu ändern. — Das die Voraussetzung bei einer politischen Aufforderung, sich jeder einmal als Kämpfer gegen die Knechtschaft zu betätigen, nicht erfüllt ist, wird auch nicht zu beanstanden sein. Den Zusätzen in der Verlesung aber sei noch gesagt, daß das Kammergericht damals auch ausdrücklich den Ausführungen des Berichterstatters betrat, der da sagte: Ein Schritt auf politische Erörterungen lasse sich nicht ziehen aus einer Zensur. Empfindungen wachzurufen, daß Mängel in der Gefebgebung beständen usw., wie es das Landgericht tue. Aber genau so recht, wie das damalige aufgehobene Landgerichtsurteil, spricht jetzt auch der Merseburger Erlaß von einer politischen Zensur, die sich aus der Veranstaltung erkennen lasse. Und genau so, wie das Landgerichtsurteil, muß deshalb die Regierungsvorstellung aufgehoben werden. Am letzten Abend des Entschloß, der sich mit der Auflösung der Veranstaltung im Volksparkaal beschäftigt, scheint die Regierung sich selbst auch nicht mehr recht sicher zu sein. Sie weiß nichts Politisches anzuführen, was in Beters Rede den Anlaß zur Versammlungsauflosung gegeben haben soll.

Und so wird sich namentlich für diese Tat der Polizei, die eine ganze Reihe weiterer aufreizender Maßnahmen zur Folge hatte, die völlige Unrechtmäßigkeit klar ergeben. Wir hoffen bestimmt, daß schon der Oberpräsident, bei dem Beschwerde gegen den Entschloß eingeleitet wird, gegen den II. Teil des Kammergerichts, sich gegen die Polizeianstalt wenden wird.

Die halbesächsischen Polizei gegen den Wahren Jakob.

Die Polizei will sich noch weitere Vorbeeren erringen. Wegen dem verantwortlichen Redakteur des Wahren Jakob schreibt eine Klage, die von der Polizei in Halle ausgeht. In Nr. 661 des Wahren Jakob vom 4. Juli stand ein Gedicht betitelt Die Schlacht von Dölan. Die halbesächsische Polizei fühlte sich dadurch beleidigt und hat Statantrag gestellt. In dem Gedicht ist die Polizei verpöthet worden, weil sie sich beim Jugendtag mit ihren Gewaltmitteln einmischte hat. Diefem halbesächsischen Polizeikampf gegen ein Blatt werden wir schmunzelnd zuschauen können, weil es schon verhängnisvollen Menschen schon jetzt klar ist, wer dabei den kürzeren zieht, und wer die Lächer auf seiner Seite hat.

* Die dreißigjährige Gewerkschaftswahl findet, wie eine Bekanntmachung in den hiesigen Blättern sagt, am 12. Oktober statt. Raberers können nur infolge Raummangels erst morgen hingen.

* Ein Tarif mit erhöhten Stellen haben die Kupferer und Bleiarbeiter herausgegeben. Mit diesen Bestimmungen finden sich die Herren Meister über die Lohnerhöhungen ihres Gehältn hinaus noch einen Extraprofit zu sichern.

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe.

Die noch vorhandenen grossen Warenbestände von nur erstklassigen Qualitäten in

Kleiderstoffen — Damen- und Herrenwäsche — Trikotagen
:: :: Wollwaren — Bettzeugen — Hemdentuchen :: ::
Schürzen — Unterröcken — Kurzwaren — Strümpfen etc. etc.

sollen schnellstens ausverkauft werden.

Die Preise für alle Artikel sind bedeutend, teilweise bis zur Hälfte des wirklichen Wertes, im Preise herabgesetzt.

Albert Reichardt, Halle-Giebichenstein, Burgstrasse, Ecke Seebenerstrasse.

Walhalla - Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Rübigen.

Sensation! **Neute Freitag (20. Tag):** Sensation!
Grosser Entscheidungskampf
Alfons Steurs,
 Champion von Belgien,
 gegen
John Pohl (Abs II),
 Europa-Meister,
 Meister von Bayern

Ferner hingegen, soweit es die Zeit noch erlaubt:
Rödel, gegen **Kutschke,**
 Meister von Bayern, Meister von Sachsen.
Westergard, gegen **Gerigkoff,**
 Champion von Amerika, Kosaken-Ringer.

Vorher: **Johnson-Jeffries** und das brillante Programm
Sonnabend (21. Tag):
Die grösste Sensation
 in der diesjährigen
Ringkampf-Konkurrenz:
Grosser Entscheidungskampf:
Steurs, gegen **Rajkowitz,**
 Champion von Belgien, der serbische Riese.
Michailoff, gegen **Pohl (Abs II),**
 Champion von Russland, Europameister Hamburg.
Westergard, gegen **Kutschke,**
 Champion von Amerika, Meisterringer v. Sachsen.

„Volkspark“

Burgstrasse 27.

Sonntag, **10. Septbr.,** **vermittags von 11-1 Uhr ab:**



Gr. Geflügel-Preis-Schiessen.
 Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Heute im **Edison-Theater,** Goethestr. 26:
Grosses Festprogramm mit 5 Dramen.

Zum Herbstmarkt!

Am Sonntag, den 10. September
 :: Sensationeller Besuch in Halle a. S. ::
Die zusammen-
gewachsenen
Zwillinge
Blazeks
 und ihr Kind Franz L. welches am 16. April 1910 geboren wurde, werden auf einige Tage Halle a. S. beehren und sich die Ehre geben, auf dem Wokplatz das hiesige und auswärtige Publikum zu empfangen.
 Im eigenen Theaterbau auf dem oberen Wokplatz
 am Wokplatz. — am Wokplatz.

!Rosfleisch!

Diese Woche wieder ff.
 Alles übrige wie bekannt nur dort!
A. Thurm,
 Reilstrasse 10.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln**
 (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben.
Carl Doeh, Breitestr. 1 und 10
 Tel. Nr. 101 92

Marktaschen

aus Rindleder 3.55, unübertrefflich.
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 50.

Nr. 49

beste konkurrenzlose 5 Pf.-Zigarre.
 Machen Sie einen Versuch!
Karl Albrecht,
 Zigarren- u. Zigaretten-gross- u. detail-Verk.
 Ritter Markt 3. Tel. Nr. 13.

Ansichts-Postkarten
 enthält die Volksversammlung.

Zum Jahrmarkt!

Ein neuer Beweis unserer Leistungsfähigkeit!



Enorm billig

Um zu räumen, ca. 800 Stück
Herren-Anzüge
 zum Ausschauen
 Regulärer Verkaufswert bis zu **24.00 16.00**
 jetzt durchweg **16.00 M.**

Notiz! Jeder sollte sich von dieser ganz enormen Preiswürdigkeit überzeugen.

Kaufhaus für Herrenbekleidung

G. m. b. H.
 Nur Leipzigerstrasse 11, gegenüber der Ulrichskirche.
 Sonntag von 7-9 1/2 und von 11 1/2-7 Uhr geöffnet.

Jahrmarktstage

Während der
 gewähren wir einen
Extra hohen Rabatt!
 Sie erhalten **50 Pfennige in Bar** beim Einkauf von Mark 5.— an.
M. BÄR Markt.

1/2 Mark = 50 Pfennige
 erhalten Sie beim Einkauf von Mark 5.— gegen Vorzeigung dieses Scheines.

Achtung Hausfrauen!

Wenn Sie Ihren Winter-**Sommerpreise** erhalten wollen, so bedarf an Kohlen noch zum 1. Oktober dieses Jahres Ihre Bestellung abzugeben beim **Halleschen Kohlenwerk** G. m. b. H.
 Halle a. d. Saale, Brüderstrasse 5.
 Briketts pro Zentner . . . 60 Pf. | Preßsteine pro 1000 Stck. 12 Mk.
 Frei Gelass zu ebener Erde oder Keller.

Gebr. Kroppenstädt,

Möbelfabrik,
 Gr. Märkerstrasse 4. Tel. 2973.
 Spezial-Fabrik für mittlere Ausstattungen
 von 600, 800, 1000 bis 4000 Mk.
 Erstklassige Arbeit. — Hochmoderne Formen.
 Bekannt durch billige Preise und realistische Bedienung.
 Kataloge gratis. Ansicht gern gestattet und erbeten.
 Lieferung frei Halle und Umgebung.

Kalt! Kalt!

Wer zahlt die höchsten Preise für getragene Halb- und Langstiefel?
 Daßelbst auch große Auswahl in neuen Halb- und Langstiefeln, auch selbstgefertigten Militärstiefeln.
 Reparaturen werden schnell und sauber gefertigt.
Herm. Wolf, Schuhmacherei,
 Markt 13 (Cafe Marktloch) und Große Klausstrasse.
 ff. Pflanzenbutter,
 unzerstört hochvegetabile Margarine in 1/2 Pfund, 1 Pfund, 2 Pfund, 3 Pfund. Auf Wunsch frei Haus!
Nitzsche, Torstr. 58, hochp., l.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Wacker.
 Abends 8,30: Das große amerikanische Schauspiel:
Um ein Weib
 in 7 Akten v. C. L. Follen u. Dech.
 u. a.: Wettfahrt eines Express-Zuges u. eines Automobils.
 Begrüßend: Der gr. Varieteten.

Stadt-Theater

in Halle a. S.
 Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.
 Sonnabend den 9. Sept. 1911.
Eröffnungs-Vorstellung.
 1. Abonn.-Vorstellung, 1. Viertel.
Onges und sein King.
 Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Heibel.
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Sonntag den 10. Sept. 1911:
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
 1. Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Glaube und Heimat.
 Die Tragödie eines Volkes in 3 Akten von Paul Schönher.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 2. Abonn.-Vorstellung, 2. Viertel.
Wohltät! **Wohltät!**
 Zum 1. Male:
Mein erlauchter Ahnherr.
 Lustspiel in 3 Akten von Alfred Schmidt.

Jede Dame

liebt ein art., rein, gefast, rofig., jugendliches Aussehen u. schönen Teint. Alles dies erzeugt die echte **Stiefelmilch-Glühwein-Säfte** v. Bergmann & Co., **Made in** Preis à St. 50 Pf. ferner macht der **Vitaminisch-Cream** das rote und lipide Haut in einer Nacht weich u. launetweich. Preis 50 Pf. b. : **Stiefelmilch & Co.,** Zehrigstr. 104, F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 5, Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48, Gustav Fuhrmann, Reilstr. 5, Fritz Müller, Tolamstr. 48, Ernst Jentsch, Reilstr. 81, Alfred Reubke, Scherstr. 10c, Rosen-Apotheke, Reilstr. 29, in **Stiefelmilch**: Felix Stell.

Jede Mutter

bewahre ihr Kind vor **Skropheln,** ongl. Krankh., Ansehling durch Eingeben von **Medicinal-Lebertran-Emulsion.**
 Beste: **Blutreinigungs- u. Stärkungsmittel.** **Wohlbedarfsartikel** mit dem viel Geld verdient werden kann, ist für nur **1 Mk. 60 Pf.** bar für dortigen Besuch zu verkaufen. **Offerten u. J. H. 578 an Rudolf Mosse, Plauen 1. V. erbeten.**

Die Lizenz
 eines Staunen erregenden u. leicht verdaulichen **gesund, geschickten** **Wohlbedarfsartikel** mit dem viel Geld verdient werden kann, ist für nur **1 Mk. 60 Pf.** bar für dortigen Besuch zu verkaufen. **Offerten u. J. H. 578 an Rudolf Mosse, Plauen 1. V. erbeten.**

Damentaschen,

Zigarettenetuis,
Portemonnaies,
Sofortträger,
Warttaschen
 ufo. ufo.
 äußert billig!
Heinrich Krasemann,
 nur Schmeerstr. 19
 5% Rabatt 5%

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Vignier. — Druck der Halle'sch. Genossensch. Buchdruck. (G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. C. o. f. j. e. h. t. A. S. ä. n. i. g. — Sämtl. i. Halle a. S.